

AMTSBLATT

DER ERZDIÖZESE FREIBURG



305

Nr. 16

Freiburg im Breisgau, den 19. September 2023

Inhalt	Seite
Heiliger Stuhl	
Nr. 170 – Botschaft von Papst Franziskus zum 109. Welttag des Migranten und Flüchtlings am 24. September 2023.....	305
Erzbischof	
Nr. 171 – Beschluss der Regionalkommission Baden-Württemberg der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 28. Juni 2023.....	307
Mitteilungen des Generalvikars	
Nr. 172 – Diözesan-Cäcilien-Verband – Adressänderung.....	308
Gemeinsames Wort der Kirchen	
Nr. 173 – Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche vom 24. September bis 1. Oktober 2023.....	308
Personalmeldungen	
Nr. 174 – Im Herrn verschieden.....	

Heiliger Stuhl

Nr. 170

Botschaft von Papst Franziskus zum 109. Welttag des Migranten und Flüchtlings am 24. September 2023

Frei in der Entscheidung auszuwandern oder zu bleiben

Liebe Brüder und Schwestern!

Die Migrationsströme unserer Tage sind Ausdruck eines komplexen und vielschichtigen Phänomens, dessen Verständnis eine sorgfältige Analyse aller Aspekte erfordert, die die verschiedenen Phasen einer Migration kennzeichnen, vom Aufbruch bis zur Ankunft, einschließlich einer eventuellen Rückkehr. In der Absicht, zu diesem Bemühen, die Realität zu verstehen, beizutragen, habe ich beschlossen, die Botschaft zum 109. Welttag

des Migranten und des Flüchtlings der Freiheit zu widmen, die die Entscheidung, das eigene Land zu verlassen, immer kennzeichnen sollte.

„Frei zu gehen, frei zu bleiben“ lautete der Titel einer Solidaritätsinitiative, die vor einigen Jahren von der italienischen Bischofskonferenz als konkrete Antwort auf die Herausforderungen der heutigen Migration auf den Weg gebracht wurde. Und im beständigen Hören auf die Teilkirchen konnte ich feststellen, dass die Gewährleistung dieser Freiheit ein weit verbreitetes und gemeinsames pastorales Anliegen ist.

»Da erschien dem Josef im Traum ein Engel des Herrn und sagte: Steh auf, nimm das Kind und seine Mutter und flieh nach Ägypten; dort bleibe, bis ich dir etwas anderes auftrage; denn Herodes wird das Kind suchen, um es zu töten« (*Mt 2,13*). Die Flucht der Heiligen Familie nach Ägypten ist nicht das Ergebnis einer freien Entscheidung, so wie viele der Wanderungen, die die Geschichte des Volkes Israel gekennzeichnet haben, nicht freiwillig waren. Migration sollte immer eine freie Entscheidung sein, aber in vielen Fällen ist sie das auch heute noch nicht. Konflikte, Naturkatastrophen oder ganz einfach die Unmöglichkeit, in der Heimat ein würdiges und gedeihliches Leben zu führen, zwingen Millionen von Menschen zum Weggehen. Bereits 2003 erklärte der heilige Johannes Paul II.: »Im Blick auf die Migranten und Flüchtlinge konkrete Friedensbedingungen zu schaffen, bedeutet vor allem, sich ernsthaft für das Recht auf Sesshaftigkeit einzusetzen, also für das Recht, in Frieden und Würde in der eigenen Heimat zu leben« (*Botschaft zum 90. Welttag der Migranten und Flüchtlinge*, 3).

»Sie nahmen ihr Vieh und ihre Habe, die sie im Land Kanaan erworben hatten, und gelangten nach Ägypten, Jakob und mit ihm alle seine Nachkommen« (*Gen 46,6*). Eine schwere Hungersnot zwang Jakob und seine ganze Familie, nach Ägypten zu fliehen, wo sein Sohn Josef ihr Überleben gesichert hatte. Verfolgungen, Kriege, Wetterphänomene und Elend gehören zu den offensichtlichsten Ursachen heutiger Zwangsmigration. Migranten fliehen aus Armut, aus Angst, aus Verzweiflung. Um diese Ursachen zu beseitigen und damit der erzwungenen Migration ein Ende zu setzen, brauchen wir das gemeinsame Engagement aller, eines jeden, entsprechend seiner Verantwortung. Ein Engagement, das damit beginnt, dass wir uns fragen, was wir tun können, aber auch, was wir nicht mehr tun dürfen. Wir müssen uns bemühen, das Wetttrüsten, den wirtschaftlichen Kolonialismus, den Raub der Ressourcen anderer und die Zerstörung unseres gemeinsamen Hauses zu beenden.

»Alle, die glaubten, waren an demselben Ort und hatten alles gemeinsam. Sie verkauften Hab und Gut und teilten davon allen zu, jedem so viel, wie er nötig hatte« (*Apk 2,44-45*). Das Ideal der ersten christlichen Gemeinschaft scheint so weit von der heutigen Realität entfernt zu sein! Um die Migration zu einer wirklich freien Entscheidung zu machen, braucht es das Bemühen, allen einen gerechten Anteil am Gemeinwohl, die Achtung der Grundrechte und den Zugang zu einer ganzheitlichen menschlichen Entwicklung zu gewährleisten. Nur so können wir einem jeden die Chance bieten, in Würde zu leben und sich persönlich und als Familie zu verwirklichen. Es ist klar, dass die Hauptaufgabe bei den Herkunftsländern und ihren Regierenden liegt, die aufgerufen sind, eine gute, transparente, ehrliche und weitsichtige Politik im Dienste aller, insbesondere der Schwächsten, zu betreiben. Sie müssen jedoch in die Lage versetzt werden, dies zu tun, ohne dass sie ihrer Natur- und Humanressourcen beraubt werden und ohne Einmischung von außen, welche die Interessen einiger weniger begünstigt. Und dort, wo die Umstände es erlauben zu wählen, ob man auswandert oder bleibt, muss sichergestellt werden, dass diese Entscheidung mit dem nötigen Wissen und wohlüberlegt getroffen wird, um zu verhindern, dass viele Männer, Frauen und Kinder risikoreichen Illusionen oder skrupellosen Menschenhändlern zum Opfer fallen.

»In diesem Jubeljahr soll jeder von euch zu seinem Besitz zurückkehren« (*Lev 25,13*). Die Feier des Jubeljahres stellte für das Volk Israel einen Akt kollektiver Gerechtigkeit dar: Alle konnten »in die ursprüngliche Situation zurückkehren. Jede Schuld wurde erlassen, Grund und Boden zurückgegeben, man konnte sich wieder der den Gliedern des Volkes Gottes eigenen Freiheit erfreuen« (*Katechese*, 10. Februar 2016). Da wir uns dem Jubiläumsjahr 2025 nähern, ist es gut, sich an diesen Aspekt der Jubiläumsfeiern zu erinnern. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung der einzelnen Länder und der internationalen Gemeinschaft, damit allen das Recht garantiert werden kann, nicht auszuwandern zu müssen, d. h. die Möglichkeit, in Frieden und in Würde im eigenen Land zu leben. Dieses Recht ist noch nicht kodifiziert, ist aber von grundlegender Bedeutung, und seine Gewährleistung ist als Bestandteil der Mitverantwortung aller Staaten für ein Gemeinwohl zu begreifen, das über die nationalen Grenzen hinausgeht. Da die Ressourcen der Welt nicht unbegrenzt sind, hängt die Entwicklung der wirtschaftlich ärmeren Länder in der Tat davon ab, ob es gelingt, unter den Völkern die Fähigkeit zum gegenseitigen Teilen zu erwecken. Solange dieses Recht nicht gewährleistet ist – und bis dahin ist es noch ein langer Weg –, werden noch viele auf der Suche nach einem besseren Leben auswandern müssen.

»Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis und ihr seid zu mir gekommen« (*Mt 25,35-36*). Diese Worte erklingen als eine beständige Mahnung, in dem Migranten nicht nur einen Bruder oder eine Schwester in Not zu erkennen, sondern Christus selbst, der an unsere Tür klopft. Wenn wir uns also dafür

einsetzen, dass jede Migration die Frucht einer freien Entscheidung sein kann, sind wir aufgerufen, die Würde jedes Migranten in höchstem Maße zu achten; das bedeutet, die Migrationsbewegungen so gut wie möglich zu begleiten und zu lenken, indem wir Brücken und nicht Mauern bauen und die Wege für eine sichere und reguläre Migration erweitern. Wo auch immer wir uns entscheiden, unsere Zukunft aufzubauen, in unserem Geburtsland oder anderswo, wichtig ist, dass es dort immer eine Gemeinschaft gibt, die bereit ist, alle aufzunehmen, zu schützen, zu fördern und zu integrieren, ohne Unterschied und ohne jemanden außen vor zu lassen.

Der Weg der Synodalität, auf den wir uns als Kirche begeben haben, lässt uns in den verletzlichsten Menschen – und unter ihnen viele Migranten und Flüchtlinge – besondere Weggefährten sehen, die wir als Brüder und Schwestern lieben und für die wir Sorge tragen müssen. Nur wenn wir gemeinsam gehen, werden wir weiter vorankommen und das gemeinsame Ziel unserer Reise erreichen.

Gebet

Gott, allmächtiger Vater,
gib uns die Gnade, uns tatkräftig einzusetzen
für Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden,
damit allen deinen Kindern
die Freiheit gewährleistet ist,
sich für die Migration oder das Bleiben zu entscheiden.

Gib uns den Mut,
alle Gräueltaten in unserer Welt klar zu benennen,
und gegen jede Ungerechtigkeit zu kämpfen,
welche die Schönheit deiner Geschöpfe und
die Harmonie unseres gemeinsamen Hauses verunstaltet.

Stärke uns mit der Kraft deines Geistes,
damit wir gegenüber jedem Migranten,
dem du uns begegnen lässt,
deine Zärtlichkeit an den Tag legen,
und in den Herzen und in jedem Umfeld
die Kultur der Begegnung und der Fürsorge verbreiten.

Rom, Sankt Johannes im Lateran, 11. Mai 2023

FRANZISKUS

Erzbischof

Nr. 171

Beschluss der Regionalkommission Baden-Württemberg der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes vom 28. Juni 2023

Die Regionalkommission Baden-Württemberg der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes hat am 28. Juni 2023 folgenden Beschluss gefasst:

1. Übernahme der beschlossenen mittleren Werte/Festsetzung der Vergütung

Der Beschluss der Bundeskommission der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 15. Juni 2023 betreffend die Tarifrunde 2023, Teil 2, die Ergänzung der Anlage 1c zu den AVR sowie den Tarifabschluss der Ärztinnen und Ärzte 2023/2024, Tarifrunde Teil 2 wird hinsichtlich aller dort beschlossenen mittleren Werte mit der Maßgabe übernommen, dass alle dort beschlossenen mittleren Werte in derselben Höhe, wie sie jeweils im Teil

- Tarifrunde 2023 Teil 2, hier in A. II. bis IV.

- Ergänzung der Anlage 1c zu den AVR, hier in A. I. 1.
 - Tarifabschluss der Ärztinnen und Ärzte 2023/2024, Tarifrunde Teil 2, hier in A. I. bis III.
- enthalten sind, als neue Werte für den Bereich der Regionalkommission Baden-Württemberg festgesetzt werden.

2. Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt zum 1. Juli 2023 in Kraft.

Der Beschluss wird hiermit für das Erzbistum Freiburg in Kraft gesetzt.

Freiburg im Breisgau, den 14. September 2023



Erzbischof Stephan Burger

Mitteilungen des Generalvikars

Nr. 172

Diözesan-Cäcilien-Verband – Adressänderung

Der Diözesan-Cäcilien-Verband der Erzdiözese Freiburg bittet um Kenntnisnahme seiner aktualisierten Kontaktdaten:

Die neue Adresse lautet:

Diözesan-Cäcilien-Verband Freiburg

Obersasbacher Straße 2

77880 Sasbach

Telefon: 07841 8363919

E-Mail: mail@caecilienverband-freiburg.de

Gemeinsames Wort der Kirchen

Nr. 173

Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche vom 24. September bis 1. Oktober 2023

Neue Räume

Seit über einem Jahr zerstört der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine brutal das Leben, die Hoffnungen und die Perspektiven unzähliger Menschen. Es ist schwer erträglich, mitanzusehen zu müssen, wie jeden Tag Menschen sterben, Familien auseinandergerissen und Existenzen vernichtet werden. Zivilisten werden getötet, unschuldige Menschen gefoltert, Frauen vergewaltigt und Kinder entführt. Dass im Europa des 21. Jahrhunderts ein solcher barbarischer Krieg geführt wird, erschüttert uns zutiefst.

Dieser Krieg führt uns in dramatischer Weise vor Augen, dass die zivilisatorische Leistung eines friedlichen Zusammenlebens zerbrechlich ist. Weder im Großen, in den Beziehungen zwischen Völkern und Nationen, noch im Kleinen, in der Gestaltung des gesellschaftlichen Alltags in kultureller Vielfalt, ist das friedliche Zusammenleben der Menschen etwas Selbstverständliches. Vielmehr bedarf es sowohl auf der individuellen Ebene als auch in den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen immer wieder erneut der Entschlossenheit, für Respekt, Gewaltfreiheit, Wohlwollen und Frieden einzutreten. Wir alle stehen jeden Tag neu vor der Entscheidung, ob wir unsere eigenen Interessen – auch auf Kosten und zu Lasten unserer Mitmenschen – durchsetzen wollen oder ob wir uns um einen fairen Ausgleich der verschiedenen Interessen bemühen. Immer wieder sind wir gefragt, ob wir Mauern um uns herum errichten oder Barrieren abbauen und neue Räume entstehen lassen.

„Niemand hat das Recht, einem anderen Menschen den Raum zu einem Leben in Würde streitig zu machen.“

„Neue Räume“ – unter diesem Leitwort werben wir mit der Interkulturellen Woche in diesem Jahr dafür, nicht nachzulassen in der Entschiedenheit für ein respektvolles und gleichberechtigtes Miteinander. Dazu gehört zunächst einmal, dass wir einander den Raum zugestehen, den jede und jeder Einzelne zum Leben benötigt. Nach biblischer Überlieferung ist es Gott selbst, der den Raum zum Leben geschaffen und den Menschen überlassen hat, wenn es heißt: „Gott, der Herr, nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte“ (1. Mose 2,15). Niemand hat daher das Recht, einem anderen Menschen den Raum zu einem Leben in Würde streitig zu machen.

Auf der Suche nach einem solchen Raum zum Leben sind derzeit unzählige Ukrainerinnen und Ukrainer auf der Flucht. Als Aufnahmeland von über einer Million Geflüchteten aus der Ukraine übernimmt Deutschland zusammen mit anderen europäischen Ländern Verantwortung. Wir sind dankbar für das hohe Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft. Und dankbar sind wir auch für das große Engagement der Städte und Gemeinden. Sie leisten Großartiges bei der schnellen Aufnahme von Geflüchteten.

„Niemals kann es die ‚Lösung‘ sein, die europäischen Außengrenzen für Schutzsuchende zu verschließen und dabei in Kauf zu nehmen, dass Menschenrechte nicht beachtet werden.“

Nach wie vor suchen aber auch Menschen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan, vom afrikanischen Kontinent und aus anderen Teilen der Welt Schutz in unserem Land. Sie alle sind vor Not, Unrecht, Terror, Gewalt und Zerstörung in ihren Herkunftsländern geflohen und auf unsere Hilfe angewiesen. Deshalb darf es auch keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben. Es ist ein Kraftakt, so viele Menschen gleichzeitig aufzunehmen, ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und medizinische Versorgung und Bildung zu ermöglichen. Nicht wenige Kommunen signalisieren, dass sie an ihre Grenzen kommen oder ihre Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Aber es kann niemals eine Option sein, wegzuschauen vor dem Leid der Menschen, die vor der Tür stehen.

Niemals kann es die „Lösung“ sein, die europäischen Außengrenzen für Schutzsuchende zu verschließen und dabei in Kauf zu nehmen, dass Menschenrechte nicht beachtet werden. Deshalb appellieren wir an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, das Recht auf Asyl zu verteidigen, faire Verfahren zu garantieren und Menschen in Not zu ihrem Recht zu verhelfen. Das schließt eine würdige und sichere Unterbringung ein, insbesondere von denen, die am verletzlichsten sind. Alle Menschen in unserem Land bitten wir, nicht müde zu werden in der Haltung der Solidarität und aktiver Hilfsbereitschaft.

„Es braucht Räume der Begegnung – in Betrieben, Schulen, Vereinen und Gemeinden.“

Mit der Aufnahme von Geflüchteten in unserem Land ist auch die Aufgabe verbunden, ihnen das Ankommen und das Hineinwachsen in die Gesellschaft zu ermöglichen. Es braucht Räume der Begegnung – in Betrieben, Schulen, Vereinen und Gemeinden. Als christliche Kirchen möchten wir mit der Interkulturellen Woche dazu beitragen, dass solche Begegnungsräume entstehen und gestaltet werden.

Es ist ein Kennzeichen des Lebens und Wirkens Jesu Christi, dass er Räume der Begegnung geöffnet hat, wenn er sich z. B. mit Menschen, die Schuld auf sich geladen hatten oder als nicht gesellschaftsfähig galten, an einen Tisch gesetzt hat. Oder denken wir an die Szene, in der Jesus Kinder in die Mitte stellt und sie zu Vorbildern des Vertrauens erklärt (Markus 10,13-16). Jesus weitet den Raum und schafft gesegnete Gemeinschaft, an vielen Orten. So entsteht dann auch die junge Kirche über Grenzen von Sprache und Herkunft hinweg. Am Pfingstfest (Apostelgeschichte 2,1-12) werden Diversität und kulturelle Vielfalt nicht etwa nivelliert. Das Wunder besteht vielmehr darin, dass alle in ihrer jeweiligen Landessprache sprechen – und einander doch verstehen.

„Indem wir Räume der Begegnung schaffen und gestalten, zeigen wir, dass das friedliche Zusammenleben der Vielen nicht nur möglich ist, sondern auch eine Bereicherung darstellt.“

Es ist eine der globalen Herausforderungen unserer Zeit, aber auch eine Aufgabe, die sich Deutschland als modernem Einwanderungsland, in dem mehr als ein Viertel der Bevölkerung eine migrantische Geschichte hat,

in besonderer Weise stellt, Gemeinschaft in Vielfalt zu gestalten und Interkulturalität zu leben. Die biblische Botschaft ermutigt dazu und hilft uns, Ängste zu überwinden. Zugleich mahnt sie, denjenigen entschieden entgegenzutreten, die auf Vielfalt mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus reagieren. Indem wir Räume der Begegnung schaffen und gestalten, zeigen wir, dass das friedliche Zusammenleben der Vielen nicht nur möglich ist, sondern auch eine Bereicherung darstellt.

„Es ist richtig und an der Zeit, dass Menschen, die zum Teil seit Jahren und Jahrzehnten in diesem Land leben und zu seinem Wohlstand und seiner Fortentwicklung beitragen, mitbestimmen dürfen.“

Um ein gelingendes und friedliches Zusammenleben dauerhaft zu verwirklichen, bedarf es gesicherter Räume der Partizipation und Teilhabe. Deshalb erfüllen uns die aktuellen Bemühungen um ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht mit Hoffnung. Es ist nicht nur ein Zeichen der Anerkennung, die deutsche Staatsangehörigkeit allen, die hier auf Dauer leben, anzubieten; es ist auch eine unumgängliche Maßnahme gegen ein Demokratiedefizit, das entsteht, wenn Menschen, die hier leben und arbeiten, auf lange Zeit von der politischen Teilhabe ausgeschlossen werden. Daher ist es richtig und an der Zeit, dass Menschen, die zum Teil seit Jahren und Jahrzehnten in diesem Land leben und zu seinem Wohlstand und seiner Fortentwicklung beitragen, mitbestimmen dürfen.

Viele Entwicklungen und Probleme unserer Tage sind bedrückend und belastend. Gerade deshalb will die Interkulturelle Woche Räume für Information, Diskussion und Austausch, Räume für Begegnung und Kultur und nicht zuletzt Räume für gemeinsames Essen und Feiern schaffen. Im Rahmen der Interkulturellen Woche wird es auch in diesem Jahr wieder viele Tausend Einzelveranstaltungen und Initiativen geben. Mittlerweile nutzen mehr als 600 Städte, Gemeinden und Landkreise im ganzen Land die Interkulturelle Woche, um die Zivilgesellschaft zu stärken und neue Räume zu eröffnen. Wir danken allen, die sich vor Ort mit ihrer Kraft und mit großer Kreativität engagieren, von Herzen.

Lassen Sie uns miteinander die vor unserer Gesellschaft liegenden Aufgaben annehmen und anpacken, um so unser Zusammenleben in Freiheit und Demokratie unter sich immer wieder verändernden Rahmenbedingungen zu festigen und zu gestalten.

Bischof Dr. Georg Bätzing

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Präses Annette Kurschus

Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Metropolit Dr. h.c. Augoustinos von Deutschland

Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland

Hinweis:

Die *Interkulturelle Woche* ist eine bundesweite Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie.

Informationen und Materialien zur Interkulturellen Woche erhalten Sie über den Ökumenischen Vorbereitungsausschuss, Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M., Telefon: 069 242314-60, info@interkulturellewoche.de, www.interkulturellewoche.de.

Personalmeldungen

Nr. 174

Im Herrn verschieden

11. September 2023: Pfarrer i. R. Prof. Dr. Dr. *Konrad Czech*, † in Regensburg

**Amtsblatt
der Erzdiözese Freiburg**

Nr. 16 - 19. September 2023

Herausgeber:

Erzbischöfliches Ordinariat, Schoferstraße 2, 79098 Freiburg

Telefon: 0761 2188-376

E-Mail: amtsblattredaktion@ebfr.de

Erscheinungsweise:

ca. 24 Ausgaben jährlich